

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

| | | |
|--------------|---|-----------|
| 13. Jahrgang | Ausgegeben zu Düsseldorf am 6. April 1960 | Nummer 35 |
|--------------|---|-----------|

Die Zustellung des Ministerialblattes Nr. 34 verzögert sich um einige Tage.
Es wird gebeten, von Nachfragen abzusehen.

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

| Glied.-Nr. | Datum | Titel | Seite |
|----------------|-------------|--|-------|
| 20323 20363 | 16. 3. 1960 | RdErl. d. Finanzministers Landesbeamten-gesetz und G 131; hier: Rücknahme fehlerhafter Pensionsfestsetzungsbescheide; Rückforderung zuviel gezahlter Versorgungsbezüge nach dem G 131 | 815 |
| 20510 | 22. 3. 1960 | RdErl. d. Innenministers Vereinfachung und Vereinheitlichung der Aufnahme und Bearbeitung von Straßenverkehrsunfällen; hier: Ergänzung der „Nachweisung“ (Vordruck Unf N) | 816 |
| 21630 | 14. 3. 1960 | RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Aufnahme in heilpädagogische Kinderheime | 819 |
| 7831 | 22. 3. 1960 | RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bekämpfung der Hühnerpest | 820 |

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

| | Seite |
|---|--------|
| Innenminister | |
| 16. 3. 1960 Bek. — Öffentliche Sammlung Aktion Orissa / Indien | 820 |
| 19. 3. 1960 Bek. — Öffentliche Sammlung des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND, Bonn, Koblenzer Straße 48 | 820 |
| 21. 3. 1960 Bek. — Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen | 820 |
| Hinweise | |
| Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen | |
| Nr. 8 v. 21. 3. 1960 | 821/22 |
| Nr. 9 v. 29. 3. 1960 | 821/22 |
| Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen | |
| Nr. 4 v. 15. 2. 1960 | 823/24 |
| Nr. 6 v. 15. 3. 1960 | 823/24 |
| Inhalt des Amtsblattes des Kultusministeriums Land Nordrhein-Westfalen | |
| Nr. 1 — Januar 1960 | 825/26 |
| Nr. 2 — Februar 1960 | 825/26 |
| Nr. 3 — März 1960 | 825/26 |
| Nachrichten aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen | |
| Beschlüsse des Landtags Nordrhein-Westfalen während der 32., 33. und 34. Sitzung (19. Sitzungsabschnitt) am 8., 9. und 10. März 1960 in Düsseldorf, Haus des Landtags | 827/28 |
| Beschlüsse des Landtags Nordrhein-Westfalen während der 35., 36. und 37. Sitzung (20. Sitzungsabschnitt) am 15., 16. und 17. März 1960 in Düsseldorf, Haus des Landtags | 833/34 |

I.

20323

20363

Landesbeamtengesetz und G 131; hier: Rücknahme fehlerhafter Pensionsfestsetzungsbescheide; Rückforderung zuviel gezahlter Versorgungsbezüge nach dem G 131

RdErl. d. Finanzministers v. 16. 3. 1960 —
B 3047 — 585/IV/60
B 3247

I. Rücknahme fehlerhafter Pensionsfestsetzungsbescheide nach Landes- und Bundesrecht

Die Versorgungsbezüge der Beamten und ihrer Hinterbliebenen werden durch einen Bescheid der zuständigen Behörde (§ 162 LBG; § 29 G 131 in Verbindung mit § 155 Abs. 1 BBG) festgesetzt. Verstößt der Pensionsfestsetzungsbescheid gegen materielles Recht, so ist er fehlerhaft. Fehlerhafte Bescheide sind bisher in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des früheren Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs **rückwirkend** aufgehoben und durch einen neuen, dem Gesetz entsprechenden Bescheid ersetzt worden.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil v. 24. 4. 1959 — VI C 91.57 — (ZBR 1959 S. 224) diese Praxis nicht gebilligt und folgende neuen Grundsätze für die Behandlung fehlerhafter Pensionsfestsetzungsbescheide entwickelt:

1. Der infolge unzutreffender Rechtsanwendung fehlerhafte, aber wirksame (d. h. nicht nichtige) Pensionsfestsetzungsbescheid bildet einen Rechtsgrund für die Zahlung. Solange und soweit dieser Pensionsfestsetzungsbescheid nicht zurückgenommen worden ist, sind Versorgungsbezüge nicht „zuviel gezahlt“.
2. Ein fehlerhafter Pensionsfestsetzungsbescheid darf wegen des auch im öffentlichen Recht herrschenden Vertrauensschutzes nach Treu und Glauben nur zurückgenommen werden, wenn das öffentliche Interesse an der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung das durch den Erlaß des fehlerhaften Verwaltungsakts begründete Vertrauen des Versorgungsberechtigten auf die Beständigkeit der behördlichen Entscheidung überwiegt.
3. Der durch einen fehlerhaften Pensionsfestsetzungsbescheid begründete Vertrauensschutz auf Weitergewährung der festgesetzten Versorgungsbezüge muß in der Regel gegenüber dem öffentlichen Interesse auf Einstellung gesetzwidriger Leistungen zurücktreten. Fehlerhafte Pensionsfestsetzungsbescheide sind daher grundsätzlich mit Wirkung für die Zukunft aufhebbar.
4. Die **rückwirkende** Aufhebung des Pensionsfestsetzungsbescheides ist in der Regel ausgeschlossen, weil der Versorgungsberechtigte für die Vergangenheit in seinem Vertrauen auf den Bestand des Bescheides geschützt werden muß.
5. Der Pensionsfestsetzungsbescheid kann jedoch mit Rückwirkung aufgehoben werden, wenn der Versorgungsberechtigte die Festsetzung erschlichen oder sonst mit unlauteren Mitteln erwirkt hat, wenn die Festsetzung durch Umstände verursacht worden ist, die auf einem Verschulden des Versorgungsberechtig-

ten beruhen oder die in seinem „Verantwortungsbereich“ liegen, oder wenn der Versorgungsberechtigte den Umständen nach wußte oder wissen mußte (der Versorgungsberechtigte ist u. U. verpflichtet, die Höhe seiner Bezüge nachzuprüfen), daß ihm die Bezüge nach materiellem Recht nicht zustanden. Eine rückwirkende Aufhebung des Pensionsfestsetzungsbescheides ist auch dann zulässig, wenn der frühere Bescheid Vorbehalte enthält.

II. Rückforderung zuviel gezahlter Versorgungsbezüge nach Kapitel I G 131

Die Rückforderung von Versorgungsbezügen, die bei Anwendung des Kapitels I G 131 zuviel gezahlt worden sind, richtet sich nach § 87 Abs. 2 Bundesbeamtengesetz. Das Bundesverwaltungsgericht hat sich in seinem Urteil v. 24. 4. 1959 der Auffassung des Bundesgerichtshofs angeschlossen, wonach auch für die Rückforderung der vor dem 1. 9. 1953 überzahlten Versorgungsbezüge § 87 Abs. 2 BBG — nicht § 39 Abs. 3 RBesG — anzuwenden ist.

III. Verfahren

Ich bitte, dieser höchstrichterlichen Entscheidung in Zukunft Rechnung zu tragen. Die in dem Urteil entwickelten Grundsätze gelten auch für Bescheide, die bereits erlassen, aber noch nicht unanfechtbar geworden sind.

Für die Behandlung solcher Versorgungsfälle, in denen der Bescheid bereits unanfechtbar geworden ist, ergeht nach Abstimmung mit dem Bund und den übrigen Ländern nähere Weisung. Soweit in derartigen Fällen noch Beträge einbehalten werden und feststeht, daß bei Anwendung der Grundsätze des Urteils kein Rückforderungsanspruch bestehen würde, ist von der Einbehaltung weiterer Raten vorläufig abzusehen.

Für die Rückforderung zuviel gezahlter Versorgungsbezüge nach Kapitel I G 131 gilt im übrigen bis zum Erlaß bundeseinheitlicher Richtlinien zur Anwendung des § 87 Abs. 2 BBG die Verwaltungsverordnung zu § 98 Abs. 2 des Landesbeamtengesetzes v. 4. 1. 1957 (MBL NW. S. 130) sinngemäß. Mein RdErl. v. 11. 4. 1957 n. v. — B 3247 — 1701/IV/57 — wird hiermit aufgehoben.

— MBL NW. 1960 S. 815.

20510

Vereinfachung und Vereinheitlichung der Aufnahme und Bearbeitung von Straßenverkehrsunfällen; hier: Ergänzung der „Nachweisung“ (Vordruck Unf N)

RdErl. d. Innenministers v. 22. 3. 1960 —
IV C 2 — 68/III — 25.34

An die Stelle der im RdErl. v. 3. 8. 1959 (MBL NW. S. 1861 / S. 1861) enthaltenen „Nachweisung“ (Vordruck Unf N) (MBL NW. 1959 S. 1873/74) tritt ab 1. 4. 1960 eine ergänzte Nachweisung (s. Muster).

Das Statistische Landesamt stellt den Polizeibehörden die neuen Vordrucke Unf N kostenlos zur Verfügung.

Anl

Anlage

Farbe: weiß

Unf N

Nachweisung der Straßenverkehrsunfälle

Im Stadt-/Land-Kreis ereigneten sich im Monat 19.....

| | |
|--|----------|
| Straßenverkehrsunfälle mit Getöteten | Unfälle |
| Straßenverkehrsunfälle mit Verletzten stationärer Behandlung zugeführt | Unfälle |
| Straßenverkehrsunfälle mit sonstigen Verletzten | Unfälle |
| Straßenverkehrsunfälle mit nur Sachschaden unter 200,— DM | Unfälle |
| Straßenverkehrsunfälle mit nur Sachschaden von 200,— DM bis unter 500,— DM | Unfälle |
| Straßenverkehrsunfälle mit nur Sachschaden von 500,— DM und darüber | Unfälle |
| Straßenverkehrsunfälle Unf A....., Unf B....., Unf C..... | Unfälle |
| Getötete | Personen |
| Verletzte stationärer Behandlung zugeführt | Personen |
| Sonstige Verletzte | Personen |

....., den 196.....

.....
(Unterschrift und Amtsbezeichnung)

— MBl. NW. 1960 S. 816.

21630

Aufnahme in heilpädagogische KinderheimeRdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 14. 3. 1960 —
IV B/1 — 6132

Im Lande Nordrhein-Westfalen stehen einige heilpädagogische Heime für Kinder zur Verfügung, für die wegen psychischer und psychosomatischer Störungen eine besonders geartete Hilfe in Zusammenarbeit von Pädagogen, Ärzten, Psychologen und Sozialpädagogen erforderlich ist. Die personelle Besetzung und die damit verbundene besondere Arbeitsweise bei gleichzeitiger Einwirkung auf das Elternhaus, sollen den bestmöglichen Behandlungserfolg sichern.

In diesen Heimen wird die Leitung durch ein fachlich vorgebildetes Team wahrgenommen (heilpädagogisch vorgebildete Heimleiter, Ärzte, Jugendpsychiater, Psychologen, Sozialarbeiter).

Kleine und kleinste Gruppen unter Leitung entsprechend vorgebildeter Fachkräfte (Jugendleiterin und Kindergärtnerin) in ausreichender Zahl sichern eine individuelle Behandlung.

Neben der Einzel- ist auch die Gruppentherapie gewährleistet. Die hierzu erforderlichen Innen- und Außen-einrichtungen sind vorhanden.

Aufgenommen werden können:

Kinder mit vorwiegend durch Umweltschäden entstandenen Verhaltensstörungen und Neurotisierungen auf psychosomatischer Grundlage.

Von der Aufnahme ausgeschlossen sind:

Geisteskranke und geistesschwache Kinder, Psychopathen.

In Zweifelsfällen wird über die Aufnahme nach einer mehrwöchigen Beobachtungszeit in dem Heim entschieden.

Aufnahme und Kostenregelung:

Vor der Aufnahme in ein heilpädagogisches Heim ist eine sorgfältige Voruntersuchung erforderlich, die sowohl die soziale als auch die medizinische Indikation berücksichtigt. Dabei empfiehlt sich die Einschaltung einer Erziehungsberatungsstelle, gegebenenfalls einer jugendpsychiatrischen Klinik.

Die Entscheidung über die Aufnahme liegt bei der Leitung des Heims.

Für die Aufnahme ist das Einverständnis der Eltern bzw. des Erziehungsberechtigten erforderlich.

Die fachlich unabdingbar gebotenen personellen und sächlichen Voraussetzungen für Heime dieses Indikationsbereichs erfordern einen hohen Pflegesatz, der jeweils durch den zuständigen Landschaftsverband genehmigt wird.

1. Soweit die Eltern „Selbstzahler“ sind, können sie auf Grund eines entsprechenden ärztlichen Attestes oder des Gutachtens einer Erziehungsberatungsstelle unmittelbar die Aufnahme bei der Leitung des Heimes beantragen.
2. Dasselbe gilt, wenn die Krankenkassen die Kosten ganz oder teilweise übernehmen und etwaige Restkosten von den Eltern getragen werden.
3. Im Falle fürsorgerechtl. Hilfsbedürftigkeit können nach § 6 (1 d) RGr. die in Verbindung mit der Einweisung entstehenden Kosten für Hilfsbedürftige von den Fürsorgeverbänden übernommen und für Zugewanderte aus der SBZ, auf die die Voraussetzungen des § 3 der Ersten DVO zum Ersten ULG v. 27. Februar 1955 (GMBl. S. 88) zutreffen, zu 80 v.H. mit dem Bund verrechnet werden. In diesem Falle ist ein Aufnahmeantrag bei der zuständigen kommunalen Dienststelle einzureichen.
4. Für Kinder von Vertriebenen, Flüchtlingen und Zugewanderten aus der SBZ, bei denen die fürsorgerechtl. Hilfsbedürftigkeit nicht anerkannt werden kann, die Alleinbelastung der Unterhaltspflichtigen aber zu Härten führt, kann ein Zuschuß aus Landesmitteln zu den Heimunterbringungskosten gewährt werden. Anträge sind durch die zuständige örtliche kommunale Dienststelle bei dem Regierungspräsidenten einzureichen.

In allen Fällen wird eine enge Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Gesundheitsamt und Fürsorge- ggf. Flüchtlingsamt sowie mit der Schule, der nächstgelegenen Erziehungsberatungsstelle und ggf. auch mit dem beteiligten Kindergarten, Hort oder Heim empfohlen.

Der Erl. v. 5. 3. 1956 — IV B 1 — 9.613.2 wird hiermit
V B 2 — 7200

aufgehoben.

Bezug: RdErl. v. 4. 6. 1957 — n. v. — IV A/2 OF/180 —.

An die Regierungspräsidenten,
Landschaftsverbände.

— MBl. NW. 1960 S. 819.

7831

Bekämpfung der Hühnerpest

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 22. 3. 1960 — II Vet. 2152 Tgb.Nr. 391/60

Mein RdErl. v. 7. 2. 1952 (MBl. NW. S. 212 / SMBl. NW. 7831) wird hiermit aufgehoben.

Die Kosten für Impfstoffe zu Schutzimpfungen gegen Hühnerpest in Sperrbezirken und in Seuchengehöften werden auch künftig aus Landesmitteln getragen. Sie sind aus Einzelplan 10, Kapitel 1042 Titel 302 zu zahlen.

An die Regierungspräsidenten,

Kreisordnungsbehörden — Veterinärämter —.

— MBl. NW. 1960 S. 820.

II.**Innenminister****Öffentliche Sammlung****Aktion Orissa / Indien**

Bek. d. Innenministers v. 16. 3. 1960 —
I C 3/24—13.74

Ich habe der Aktion Orissa/Indien in Duisburg-Wanheimerort, Zum Lith 94, die Genehmigung erteilt, bis zum 31. 10. 1960 im Land NW eine öffentliche Sammlung von Geld, Nahrungsmitteln und Bekleidungsstücken zugunsten der Opfer der Flutkatastrophe in Orissa/Indien durchzuführen. Zugelassen sind die persönliche Ansprache von Einzelpersonen, der Versand von Werbeschriften sowie Aufrufe in Presse und Rundfunk regionaler Verbreitungsgebiete.

— MBl. NW. 1960 S. 820.

Öffentliche Sammlung**des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND,
Bonn, Koblenzer Straße 48**

Bek. d. Innenministers v. 19. 3. 1960 —
I C 3/24—12.76

Dem Kuratorium UNTEILBARES DEUTSCHLAND, Bonn, Koblenzer Straße 48, habe ich die Genehmigung erteilt, vom 16. bis 25. Mai und am 17. Juni 1960 eine öffentliche Geldsammlung im Zusammenhang mit dem Verkauf des Abzeichens „Brandenburger Tor“ im Lande Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Die Sammlung unterliegt den Auflagen meines Genehmigungsbescheides v. 29. 1. 1959 — MBl. NW. S. 309 —.

— MBl. NW. 1960 S. 820.

Beiträge**zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen**

Bek. d. Innenministers v. 21. 3. 1960 —
I C 1/12—11.17

Beim Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen ist in der Schriftenreihe „Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen“ erschienen:

Heft 118: „Die öffentliche Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen, Rechnungsjahr 1958“
Bezugspreis 2,30 DM zuzüglich Versandkosten.

Das Heft ist zur dienstlichen Verwendung geeignet.

— MBl. NW. 1960 S. 820.

Hinweise

Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 8 v. 21. 3. 1960

(Einzelpreis dieser Nummer 0,40 DM zuzügl. Portokosten)

| Datum | | Gliederungs- nummer GS. NW. | Seite |
|-----------|--|-----------------------------------|-------|
| 9. 3. 60 | Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen der Stadt Neheim-Hüsten und der Gemeinde Bruchhausen, Landkreis Arnsberg | 2020 | 29 |
| 9. 3. 60 | Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Erholungsurlaub der Beamten und Richter im Lande Nordrhein-Westfalen | 2030 | 30 |
| 6. 3. 60 | Verordnung über die Aufsichtsbehörde für den Wasserversorgungsverband Landkreis Tecklenburg | 232 | 31 |
| 15. 3. 60 | Verordnung über die Aufhebung der Verordnung zur Bestimmung der Aufsichtsbehörde für den Soestbachverband | 232 | 31 |
| | Berichtigung zu den Ausführungsbestimmungen der Verordnung über die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Baumeister“ v. 17. Februar 1960 (GV. NW. S. 17) | 7124 | 31 |
| 14. 3. 60 | Gebührenordnung für die Schlachtier- und Fleischbeschau sowie für die Trichinenschau bei Schlachtungen im Inland außerhalb öffentlicher Schlachthöfe | 7832 | 31 |
| 4. 3. 60 | Bekanntmachung des Abkommens über das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland | | 32 |
| | Anzeigen des Ministers für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. | | |
| 2. 3. 60 | Betrifft: Anordnung über die Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung für den Bau und Betrieb einer Erdgasleitung von Bentheim (Niedersachsen) zur Steinkohlengas AG. in Dorsten | | 34 |
| 10. 3. 60 | Betrifft: Anordnung über die Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung für den Bau und Betrieb einer 10 kV-Leitung von der Umspannstelle Klein-Reken zur Wohnsiedlung Schlenke | | 34 |
| 7. 3. 60 | Bekanntmachung des Ministers für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Nachtrag zu der vom Regierungspräsidenten in Arnsberg der Hohenlimburger Kleinbahn Aktiengesellschaft erteilten Genehmigung vom 31. Mai 1899 — A III E 616 — zum Bau und Betrieb der dem öffentlichen Güterverkehr dienenden Eisenbahn vom Bundesbahnhof Hohenlimburg in das Nahmertal und den hierzu ergangenen Nachträgen | | 34 |

— MBl. NW. 1960 S. 821/22.

Nr. 9 v. 29. 3. 1960

(Einzelpreis dieser Nummer 0,40 DM zuzügl. Portokosten)

| Datum | | Gliederungs- nummer GS. NW. | Seite |
|-----------|--|-----------------------------------|-------|
| 15. 3. 60 | Erste Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Verordnung über die Abgabe stark wirkender Arzneimittel und über die Abgabef Gefäße in Apotheken (1. Erg. Abgabe VO) | 21211 | 35 |

— MBl. NW. 1960 S. 821/22.

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 4 v. 15. 2. 1960

(Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM zuzügl. Portokosten)

| | Seite | | Seite |
|--|-------|---|-------|
| Allgemeine Verfügungen | | der zwingenden Vorschrift des § 34 StPO der Begründung. Darauf hat der Betroffene wegen der einschneidenden Wirkung der Maßnahme ein Anrecht. Das Gericht kann sich dabei den Feststellungen des Sachverständigen, aus denen sich die unbedingte Notwendigkeit der Unterbringung ergibt, anschließen. OLG Köln vom 9. Dezember 1959 — 2 Ws 516/59 | 44 |
| Verwaltungsverordnung über die Inanspruchnahme von Gerichtsvollziehern nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | 37 | 4. StPO § 267 III. — Die Tatsache, daß der Angeklagte wegen einer gleichen Tat bereits einmal verfolgt, aber freigesprochen worden ist, darf selbst dann, wenn dies mangels Beweises geschehen ist, nicht strafscharfend herangezogen werden, auch nicht mit Hilfe der Erwägung, der Angeklagte hätte sich durch das frühere Verfahren warnen lassen müssen. — Die Entscheidung des BGH (bei Dallinger MDR 54, 151) steht nicht entgegen. OLG Köln vom 17. November 1959 — Ss 335/59 | 45 |
| Mitteilung von Entmündigungen an die Gesundheitsämter | 38 | 5. JGG §§ 58 II, 112a Ziff. 5. — Da bei einem Soldaten der Wirkungsbereich des zivilen Bewährungshelfers eingeschränkt ist (§ 112a Ziff. 5 JGG), läßt sich durch Übertragung der Bewährungsentscheidungen an den Jugendrichter des Garnisonortes und Bestellung eines neuen Bewährungshelfers am Garnisonort im allgemeinen die Bewährungsaufsicht nicht verbessern, zumal der neue Bewährungshelfer gewöhnlich weder die häuslichen Verhältnisse des Heranwachsenden kennenlernen noch für seine Wiedereingliederung in Beruf und Arbeit in der Heimat vorsorgen kann. OLG Köln vom 3. November 1959 — 2 Ws 180/59 | 46 |
| Liste der gerichtlichen Blutgruppengutachter in Vaterschaftsprozessen | 38 | Kostenrecht | |
| Strafverfolgungsstatistik | 39 | 1. ZuSGebG § 3. — Erstattet der mit einer kurzen gutachtlichen Stellungnahme beauftragte Sachverständige von sich aus ein ausführliches fachärztliches Gutachten, so steht ihm ein Vergütungsanspruch insoweit zu, als sich das Gutachten für das Gericht als unbedingt notwendig erweist und vom Gericht auch verwertet wird. OLG Hamm vom 6. Oktober 1959 — 3 Ws 283/59 | 46 |
| Erlaß von Gerichtskosten für Erben der durch den Nationalsozialismus Verfolgten | 39 | 2. ZuSGebG § 1. — Wird dem Zeugen aufgegeben, die Reise zum Termin von seinem Urlaubsort anzutreten, so ist er ohne besondere gerichtliche Anordnung nicht zur Angabe seiner ladungsfähigen Urlaubsanschrift verpflichtet. Die Erstattung seiner Reisekosten kann deshalb nicht mit der Begründung abgelehnt werden, daß der Zeuge von der Absetzung des Termins nicht habe benachrichtigt werden können. OLG Hamm vom 30. September 1959 — 3 Ws 498/59 | 47 |
| Wirtschaftshilfe für Berlin (West) | 39 | 3. StPO § 379 a. — Bei Verwendung von Gerichtskostenmarken ist zur Wahrung der Zahlungsfrist der Eingang der Marken beim Gericht innerhalb der Frist erforderlich. OLG Hamm vom 26. Oktober 1959 — 3 Ws 539/59 | 48 |
| Nachweisung über die Zahl der Referendare bei den Justizbehörden | 42 | | |
| Nachweisung über die Zahl der Rechtsanwälte | 42 | | |
| Personalnachrichten | 42 | | |
| Rechtsprechung | | | |
| Zivilrecht | | | |
| ZPO § 127. — Bei teilweiser Bewilligung des Armenrechts unterliegt der Beschluß, soweit er das Armenrecht bewilligt, nicht der Beschwerde. OLG Köln vom 16. November 1959 — 9 W 128/59 | 43 | | |
| Strafrecht | | | |
| 1. StGB § 174. — Der Begriff „Mißbrauch zur Unzucht“ erfordert nicht, daß der Abhängige die unzüchtige Handlung, die an seinem Körper vorgenommen wird, wahrnimmt. OLG Hamm vom 5. Oktober 1959 — 2 Ss 934/59 | 43 | | |
| 2. Preuß. Wassergesetz §§ 375, 23. — Einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Verletzung der Anzeigepflicht nach § 23 PrWG kann sich begrifflich nur derjenige schuldig machen, der Wasser oder andere verunreinigende Stoffe in einen Wasserlauf einleiten will. — Die fahrlässige Verunreinigung von Wasserläufen ist als solche nicht unter Strafe gestellt. OLG Hamm vom 29. September 1959 — 3 Ss 348/59 | 44 | | |
| 3. StPO § 81. — Die Einweisung eines Beschuldigten in eine Heil- und Pflegeanstalt zur Vorbereitung eines Gutachtens über seinen Geisteszustand gem. § 81 StPO bedarf nach | | | |

— MBl. NW. 1960 S. 823/24.

Nr. 6 v. 15. 3. 1960

(Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM zuzügl. Portokosten)

| | Seite | | Seite |
|--|-------|---|-------|
| Allgemeine Verfügungen | | Amtsgerichts ist eine mit der sofortigen Beschwerde anfechtbare Entscheidung im Zwangsvollstreckungsverfahren (§ 793 ZPO). — Dieser Beschwerdeweg ist auch gegeben, wenn man die Tätigkeit des Amtsgerichts im Rahmen des § 915 ZPO als Justizverwaltungsangelegenheit ansieht. Er wird dann durch Art. 19 IV GG eröffnet. LG Wuppertal vom 22. Dezember 1959 — 6 T 788/59 | 69 |
| Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und sonstige Angelegenheiten der Rechtsanwälte | 61 | Strafrecht | |
| Führung der Handakten der Staatsanwaltschaft | 65 | 1. StGB § 68, StPO §§ 413, 218, 233, 234. — Die Verfügung eines gemäß § 413 StPO nicht willkürlich mit der Sache befaßten Richters, durch die er die Strafkraft unmittelbar an das örtlich zuständige Amtsgericht weiterleitet, unterbricht die Verjährung. — Hat sich für den Angeklagten ein auch zu seiner Vertretung bevollmächtigter Verteidiger bestellt, so ist dessen Nichtladung zur Hauptverhandlung ein Revisionsgrund. OLG Köln vom 17. November 1959 — Ss 331/59 | 70 |
| Personalnachrichten | 65 | 2. StPO § 46 I, § 352 I. — Hat der Tatrichter über ein Wiedereinsetzungsgesuch nicht entschieden, weil er aus Rechtsirrtum den Einspruch des Angeklagten gegen den Strafbefehl als rechtzeitig ansah, so kann das Revisionsgericht zur Behebung des Prozeßhindernisses der Rechtskraft des Strafbefehls dem Angeklagten die Wiedereinsetzung erteilen, wenn das Gesuch offensichtlich begründet ist. OVG Düsseldorf vom 3. Dezember 1959 — (I) Ss 773/59 | 71 |
| Rechtsprechung | | Kostenrecht | |
| Zivilrecht | | ZuSEG §§ 3, 7, 8. — Die Zahlung einer über den Regelsatz von 5 DM hinausgehenden Entschädigung an Sachverständige kommt nur für solche Zeiten in Betracht, in denen der Sachverständige tatsächlich eine besondere Leistung erbracht hat. Für Reise- und Wartezeiten kann lediglich eine Entschädigung bis zu dem regelmäßigen Stundenhöchstsatz von 5 DM gewährt werden. OLG Münster vom 19. August 1959 — IV B 1060/58 | 72 |
| 1. BGB §§ 883, 885. — Zur Sicherung des Anspruchs auf Auflassung, der sich aus einem Wiederkaufsrecht ergibt, kann eine Vormerkung eingetragen werden. Sie darf aber nicht zu einer Sicherung der Wiederkaufsverpflichtung dem jeweiligen Eigentümer gegenüber führen. Ob das der Fall ist, ist auf Grund des zugrunde liegenden Vertrages zu beurteilen. OLG Hamm vom 10. Dezember 1959 — 15 W 441/59 | 67 | | |
| 2. BGB §§ 1634, 1671. — Ist nach der Scheidung der Ehe über die elterliche Gewalt oder das Sorgerecht hinsichtlich der gemeinschaftlichen Kinder noch nicht entschieden, so ist eine Verkehrsregelung in entsprechender Anwendung des § 1634 BGB n. F. möglich. Das gilt auch, wenn zwar das Amtsgericht die elterliche Gewalt einem Elternteil übertragen hat, das Landgericht aber die Vollziehung des amtsgerichtlichen Beschlusses ausgesetzt hat. OLG Hamm vom 21. Januar 1960 — 15 W 14/60 | 67 | | |
| 3. HGB § 22 I. — Wer gemäß § 22 I HGB die bisherige Firma fortführt, braucht dies nicht buchstabengetreu zu tun. Jedoch dürfen solche Bestandteile, die für die Erhaltung des Gesamtbildes der Firma wesentlich sind, nicht weggelassen werden. OLG Hamm vom 26. Januar 1960 — 15 W 527/59 | 68 | | |
| 4. ZPO § 915 II. — Der die Löschung einer Eintragung im Schuldnerverzeichnis (§ 915 II ZPO) ablehnende Beschluß des | | | |

— MBl. NW. 1960 S. 823/24.

Inhalt des Amtsblattes des Kultusministeriums Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 1 — Januar 1960

(Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM zuzügl. Portokosten)

A. Amtlicher Teil

| | |
|---|----|
| Personalnachrichten | 1 |
| 1. Verordnung über die Zuständigkeiten der Schulämter in beamten- und besoldungsrechtlichen Angelegenheiten v. 19. 12. 1959 | 2 |
| 2. Konsularische Befugnisse der Botschaft der UdSSR in Bonn. RdErl. d. Kultusministers v. 12. 1. 1960 | 2 |
| 3. Leibeserziehung. RdErl. d. Kultusministers v. 19. 12. 1959 | 3 |
| 4. Prüfungsordnung für staatlich genehmigte Berufsfachschulen zur Ausbildung von Gymnastiklehrern und Gymnastiklehrerinnen. RdErl. d. Kultusministers v. 12. 12. 1959 | 3 |
| 5. Schulschein für Puppenspieler. Bek. d. Kultusministers v. 1. 12. 1959 | 13 |
| 6. 16. Fortsetzung zum Verzeichnis der gemäß § 7 des Gesetzes über die Zuschußgewährung an Volkshochschulen und ent- | |

| | |
|---|----|
| sprechende Volksbildungseinrichtungen vom 10. 3. 1953 und der §§ 1—3 der Ersten Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 16. 6. 1954 anerkannten Volkshochschulen und entsprechenden Volksbildungseinrichtungen. Bek. d. Kultusministers v. 14. 12. 1959 | 13 |
| 7. Bestellungsurkunde für den Landeskonservator Westfalen-Lippe. Bek. d. Kultusministers v. 22. 12. 1959 | 13 |
| 8. Transfer von beamtenrechtlichen Versorgungsbezügen | 13 |

B. Nichtamtlicher Teil

| | |
|--|----|
| Vortragsreihe | 13 |
| Lehrgänge der Biologischen Anstalt Helgoland | 13 |
| Bücher und Zeitschriften | 13 |
| Buchhinweise | 16 |

— MBl. NW. 1960 S. 825/26.

Nr. 2 — Februar 1960

(Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM zuzügl. Portokosten)

A. Amtlicher Teil

| | |
|---|----|
| Personalnachrichten | 21 |
| 9. Durchführung des § 7 des Schulfinanzgesetzes vom 3. Juni 1958 (GV. NW. S. 246). RdErl. d. Kultusministers v. 22. 2. 1960 | 22 |
| 10. Erste Verordnung zur Ermittlung der Zahl der Lehrerstellen, die zur Deckung des normalen Unterrichtsbedarfs an öffentlichen Schulen erforderlich sind. — 1. AVOzSchFG — vom 25. 1. 1960 (GV. NW. S. 13) | 23 |
| 11. Herabsetzung der Zahl der wöchentlichen Pflichtstunden der Lehrer nach Vollendung des 50. und des 60. Lebensjahres. RdErl. d. Kultusministers v. 22. 2. 1960 | 24 |
| 12. Übermittlung von Personalangaben über Lehrer an die Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausübung ihres Vorschlagsrechts nach § 23 Abs. 1 und 2 SchVG. RdErl. d. Kultusministers v. 18. 1. 1960 | 24 |
| 13. Landespersonalvertretungsgesetz; hier: Zusammensetzung der Lehrer-Hauptpersonalräte beim Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen. RdErl. d. Kultusministers v. 28. 1. 1960 | 25 |
| 14. Ferienhilfswerk für Kinder. RdErl. d. Kultusministers v. 6. 1. 1960 | 25 |
| 15. Deutschlandwettbewerb der Jugend 1959/60. RdErl. d. Kultusministers v. 7. 1. 1960 | 26 |
| 16. Wettbewerb „Europäischer Schultag“ 1960. RdErl. d. Kultusministers v. 9. 1. 1960 | 26 |
| 17. Woche der Brüderlichkeit 1960. RdErl. d. Kultusministers v. 10. 2. 1960 | 27 |
| 18. Zweisemestriges Studium der Leibeserziehung für Berufsschul-, Volksschullehrer und -lehrerinnen an der Sporthochschule Köln. RdErl. d. Kultusministers v. 16. 1. 1960 | 27 |
| 19. Wechsel im Vorsitz des Prüfungsausschusses für die Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifeprüfung (Begabtenprüfung). RdErl. d. Kultusministers v. 18. 12. 1959 | 27 |

| | |
|--|----|
| 20. Übergang von der Mittel-(Real-)schule zur höheren Schule; hier: 1. besondere Aufbaustufe für Mittel-(Real-)schulabsolventen, 2. sonstige Übergänge. RdErl. d. Kultusministers v. 15. 1. 1960 | 28 |
| 21. Ausbildungsstätten für das Praktikantinnenjahr vor der Ausbildung als Jugendleiterin. RdErl. d. Kultusministers v. 3. 12. 1959 | 29 |
| 22. Fachschulreife; hier: Beschluß der Ständigen Konferenz der Kultusminister vom 24./25. 9. 1959 betr. Rahmenvereinbarung über die Errichtung von Berufsaufbauschulen (Aufbaulehrgängen) im berufsbildenden Schulwesen. RdErl. d. Kultusministers v. 2. 1. 1960 | 29 |
| 23. Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Höhere Fachschule für Jugendleiterinnen. RdErl. d. Kultusministers v. 11. 1. 1960 | 29 |
| 24. Verzeichnis der vom Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen in der Zeit vom 1. 6. 1959 bis 30. 12. 1959 genehmigten und zugelassenen Schulbücher. Bek. d. Kultusministers v. 15. 1. 1960 | 37 |

B. Nichtamtlicher Teil

| | |
|--|----|
| Ferienkurs für europäische Lehrer in England | 39 |
| Ferienkurse des British Council für Englischlehrer an höheren Schulen — Sommer 1960 — | 40 |
| Kurse des Deutschen Archäologischen Instituts | 40 |
| Jugend photographiert 1960 | 40 |
| Aufruf zum „5. Bildnerischen Wettbewerb der deutschen Jugend“ in Verbindung mit den Deutschen Leichtathletik-Jugendmeisterschaften 1960 in Neuwied | 40 |
| Bücher und Zeitschriften | 40 |

(Sachregister und chronologische Übersicht für den 11. Jahrgang liegen bei.)

— MBl. NW. 1960 S. 825/26.

Nr. 3 — März 1960

(Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM zuzügl. Portokosten)

A. Amtlicher Teil

| | |
|---|----|
| Personalnachrichten | 45 |
| 25. Verordnung über die Zuständigkeiten der Schulämter in beamten- und besoldungsrechtlichen Angelegenheiten vom 19. Dezember 1959 (GV. NW. S. 178); hier: Durchführungsbestimmungen. RdErl. d. Kultusministers v. 2. 3. 1960 | 46 |
| 26. Schülerunfälle während der Schulzeit. RdErl. d. Kultusministers v. 2. 2. 1960 | 47 |
| 27. I. Hochschulwoche für politische Bildung 1960 in Bad Meinberg. RdErl. d. Kultusministers v. 10. 2. 1960 | 47 |

| | |
|---|----|
| 28. Festsetzung der Stellen- und Sonderbeiträge des Sonderhaushalts „Landesmittelschulkasse“ für das Rechnungsjahr 1959. RdErl. d. Kultusministers v. 22. 2. 1960 | 48 |
| 29. Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis; hier: Neufassung der „Ordnung der Begabtenprüfung für die Zulassung zum Hochschulstudium“ vom 17. 3. 1948. RdErl. d. Kultusministers v. 23. 2. 1960 | 48 |

B. Nichtamtlicher Teil

| | |
|--|----|
| Merkblatt für das Studium der Leibeserziehung für Lehrer | 50 |
| Bücher und Zeitschriften | 51 |

— MBl. NW. 1960 S. 825/26.

Nachrichten aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen
— Vierte Wahlperiode —

Beschlüsse

des Landtags Nordrhein-Westfalen während der 32., 33. und 34. Sitzung (19. Sitzungsabschnitt) am 8., 9. und 10. März 1960 in Düsseldorf, Haus des Landtags

| Nummer der T.O. Drucksache | | Inhalt | Beschluß des Landtags (Datum des Beschlusses) |
|---------------------------------|------------|--|--|
| 1 | 213 192 | Entwurf eines Gesetzes über den Zusammenschluß der Gemeinden Niedersprockhövel und Obersprockhövel, Ennepe-Ruhr-Kreis | Der Gesetzentwurf wurde nach der III. Lesung mit der Änderung gemäß Drucksache Nr. 213 einstimmig verabschiedet. (8. 3.) |
| 2 | 236 189 | Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 1960 (Haushaltsgesetz 1960) | |
| | | II. Lesung | |
| | | Anderungsanträge zu Einzelplan 01 — Landtag | Mit Mehrheit abgelehnt. (8. 3.) |
| | 244 | Fraktion der SPD zu Kap. 01 01 Tit. 304 | Der Einzelplan 01 wurde nach der II. Lesung mit den Veränderungen gemäß den Anlagen 1 und 2 zu Drucksache Nr. 236 einstimmig angenommen und zwar in Einnahmen mit 44 400 DM in Ausgaben mit 5 769 700 DM. (8. 3.) |
| | | Zu Einzelplan 02 — Ministerpräsident und Staatskanzlei | Von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen. (8. 3.) |
| | 246 | Fraktion der SPD zu Kap. 02 01 Tit. 610 | Der Einzelplan 02 wurde nach der II. Lesung mit den Veränderungen gemäß den Anlagen 1 und 2 zu Drucksache Nr. 236 bei Stimmenthaltungen mit Mehrheit angenommen und zwar in Einnahmen mit 4 876 000 DM in Ausgaben mit 38 949 000 DM. (8. 3.) |
| | | Zu Einzelplan 03 — Innenministerium | Mit großer Mehrheit abgelehnt. (9. 3.) |
| | 242 | Fraktion der FDP zu Kap. 03 02 Tit. 332 | Der Einzelplan 03 wurde nach der II. Lesung mit den Veränderungen gemäß den Anlagen 1 und 2 zu Drucksache Nr. 236 bei Stimmenthaltungen angenommen und zwar in Einnahmen mit 429 118 900 DM in Ausgaben mit 1 170 255 600 DM. (10. 3.) |

| Nummer der T.O. Drucksache | | Inhalt | Beschluß des Landtags (Datum des Beschlusses) |
|---------------------------------|------------|---|---|
| | | Zu Einzelplan 05 — Kultusministerium | |
| | 250 | Fraktion der SPD zu Kap. 05 01 Tit. 101 | Ziff. 1) mit Mehrheit abgelehnt. Ziff. 2) und 3) mit großer Mehrheit angenommen. (10. 3.) |
| | 251 | Fraktion der SPD zu Kap. 05 02 | Mit Mehrheit abgelehnt. (10. 3.) |
| | 248 | Fraktion der SPD zu Abschnitt B (ab Kap. 05 11 B) | Einstimmig an den Kulturausschuß überwiesen. (10. 3.) |
| | 252 | Fraktion der SPD zu Kap. 05 15 | Mit Mehrheit abgelehnt. (10. 3.) |
| | 261 | Fraktion der FDP zu Kap. 05 15 | Mit Mehrheit abgelehnt. (10. 3.) |
| | 263 | Fraktion der CDU zu Kap. 05 15 | Bei wenigen Stimmenthaltungen mit großer Mehrheit angenommen. (10. 3.) |
| | 249 | Fraktion der SPD zu Kap. 05 47 A | Ziff. 1) bei einigen Stimmenthaltun- gen mit Mehrheit abgelehnt. Ziff. 2) bei einigen Stimmenthaltun- gen mit Mehrheit abgelehnt. (10. 3.) |
| | 253 | Fraktion der SPD zu Kap. 05 51 | Mit Mehrheit abgelehnt. (10. 3.) |
| | 243 | Fraktion der FDP zu Kap. 05 89 Tit. 601 b | Mit Mehrheit abgelehnt. (10. 3.) |
| | 247 | Fraktion der SPD zu Kap. 05 96 Tit. 570 b | Abstimmung zurückgestellt. (10. 3.) Der Einzelplan 05 wurde nach der II. Lesung mit den Veränderungen ge- mäß Anlage 1 zu Drucksache Nr. 236 unter Berücksichtigung der beschlosse- nen Änderungen gemäß Drucksache Nr. 250 Ziff. 2 und 3 und Drucksache Nr. 263 bei einigen Stimmenthaltun- gen mit Mehrheit angenommen und zwar in Einnahmen mit 347 113 100 DM in Ausgaben mit 1 578 511 800 DM. (10. 3.) |
| | | Einzelplan 10 — Ministerium für Er- nährung, Landwirtschaft und Forsten | |
| | | | Der Einzelplan 10 wurde nach der II. Lesung mit den Veränderungen ge- mäß den Anlagen 1 und 2 zu Druck- sache Nr. 236 einstimmig angenommen und zwar in Einnahmen mit 69 729 200 DM in Ausgaben mit 292 457 000 DM. (8. 3.) |
| 5 | 239 220 | Entwurf eines Gesetzes zur Ausfüh- rung der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) im Lande Nordrhein-West- falen | Der Gesetzentwurf wurde nach der II. Lesung einstimmig angenommen. (9. 3.) |
| 6 | 234 219 | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen den Gemeinden Billerbeck-Kirchspiel und Billerbeck-Stadt, Landkreis Coesfeld | Der Gesetzentwurf wurde nach der II. Lesung einstimmig angenommen. (8. 3.) |

| Nummer der T.O. Drucksache | | Inhalt | Beschluß des Landtags (Datum des Beschlusses) |
|---------------------------------|------------|--|---|
| 7 | 230 | Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Lippischen Landeskirche | Der Gesetzentwurf wurde nach der I. Lesung einstimmig an den Hauptausschuß überwiesen. (8. 3.) |
| 8 | 233 214 | Abkommen der Länder der Bundesrepublik Deutschland betreffend die zweite Verlängerung des Staatsabkommens über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen | Dem Staatsvertrag wurde gegen eine Stimme zugestimmt. (8. 3.) |
| 9 | 227 | Antrag der Fraktion der FDP auf eine Entschließung zu Drucksache Nr. 184 | Der Antrag wurde einstimmig dem Kulturausschuß als Material überwiesen. (10. 3.) |
| 10 | 240 103 | Landeshaushaltsrechnung 1956 mit Bemerkungen und Denkschrift des Landesrechnungshofs und mit der Stellungnahme der Landesregierung | Der Ausschußantrag wurde einstimmig angenommen. (10. 3.) |
| 11 | 231 | Antrag der Abg. Fellmann (CDU), Michel (SPD) und Dr. Kohlhasse (FDP) betr. Prüfung der Denkschrift „Technik schafft Muße“ durch den Verkehrsausschuß des Landtags | Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (8. 3.) |

Beschlüsse

des Landtags Nordrhein-Westfalen während der 35., 36. und 37. Sitzung (20. Sitzungsabschnitt) am 15., 16. und 17. März 1960 in Düsseldorf, Haus des Landtags

| Nummer der T.O. Drucksache | | Inhalt | Beschluß des Landtags (Datum des Beschlusses) |
|---------------------------------|-----|--|--|
| | | II. Lesung des Entwurfs des Haushaltsplans 1960 (Fortsetzung) | |
| | | Zu Einzelplan 06 — Arbeits- und Sozialministerium | |
| | | Änderungsanträge | |
| | 254 | Fraktion der SPD zu Kap. 06 02 Tit. 570 und 571 | Mit Mehrheit abgelehnt. (16. 3.) |
| | 255 | Fraktion der SPD zu Unterabschnitt III des Landesjugendplans | Mit Mehrheit abgelehnt. (16. 3.) |
| | 256 | Fraktion der SPD zu Unterabschnitt V des Landesjugendplans | Mit Mehrheit abgelehnt. (16. 3.) |
| | 257 | Fraktion der SPD zu Unterabschnitt VI des Landesjugendplans | Mit Mehrheit abgelehnt. (16. 3.) Der Einzelplan 06 wurde nach der II. Lesung mit den Änderungen gemäß den Anlagen 1 und 2 zu Drucksache Nr. 236 bei einigen Stimmenthaltungen angenommen und zwar in Einnahmen mit 38 202 900 DM in Ausgaben mit 294 010 600 DM. (16. 3.) |
| | | Zu Einzelplan 08 — Ministerium für Wirtschaft und Verkehr | |
| | 271 | Fraktion der SPD zu Kap. 08 02 Tit. 970 a | Einstimmig an den Verkehrsausschuß überwiesen. (15. 3.) Der Einzelplan 08 wurde nach der II. Lesung mit den Veränderungen gemäß der Anlage 1 zu Drucksache Nr. 236 bei Stimmenthaltung der FDP angenommen und zwar in Einnahmen mit 6 846 700 DM in Ausgaben mit 336 367 700 DM. (15. 3.) |
| | 270 | Fraktion der CDU zu Kap. 08 02 Tit. 972 | |
| | 272 | Fraktion der CDU zu Kap. 08 02 Tit. 973 | |
| | | Zu Einzelplan 12 — Finanzministerium | Der Einzelplan 12 wurde nach der II. Lesung mit den Veränderungen gemäß der Anlage 2 zu Drucksache Nr. 236 einstimmig angenommen und zwar in Einnahmen mit 86 445 100 DM in Ausgaben mit 319 872 900 DM. (15. 3.) |

| Nummer der T.O. Drucksache | | Inhalt | Beschluß des Landtags (Datum des Beschlusses) |
|---------------------------------|-----|--|--|
| | | Zu Einzelplan 13 — Landesrechnungshof | Der Einzelplan 13 wurde nach der II. Lesung mit den Veränderungen gemäß den Anlagen 1 und 2 zu Drucksache Nr. 236 einstimmig angenommen und zwar in Einnahmen mit 5 200 DM in Ausgaben mit 2 205 400 DM. (15. 3.) |
| | | Zu Einzelplan 05 — Kultusministerium | |
| | 247 | Fraktion der SPD zu Kap. 05 96 Tit. 570 b | Mit Mehrheit abgelehnt. (15. 3.) |
| | | Zu Einzelplan 04 — Justizministerium | |
| | | | Der Einzelplan 04 wurde nach der II. Lesung mit den Veränderungen gemäß den Anlagen 1 und 2 zu Drucksache Nr. 236 einstimmig angenommen und zwar in Einnahmen mit 137 479 000 DM in Ausgaben mit 315 183 400 DM. (17. 3.) |
| | | Zu Einzelplan 07 — Ministerium für Wiederaufbau | |
| | 265 | Fraktion der SPD zu Kap. 07 01 Tit. 101 | Einstimmig an den Wiederaufbauausschuß überwiesen. (17. 3.) |
| | 279 | Fraktion der SPD zu Kap. 07 02 Tit. 570 | Einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen. (17. 3.) |
| | 258 | Fraktion der SPD zu Kap. 07 02 Tit. 570 | Einstimmig angenommen. (17. 3.) |
| | 266 | Fraktion der SPD zu Kap. 07 11 Tit. 101 | Einstimmig an den Wiederaufbauausschuß überwiesen. (17. 3.) Der Einzelplan 07 wurde nach der II. Lesung mit den Veränderungen gemäß den Anlagen 1 und 2 zu Drucksache Nr. 236 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen gemäß Drucksache Nr. 258 einstimmig angenommen und zwar in Einnahmen mit 18 440 900 DM in Ausgaben mit 377 701 800 DM. (17. 3.) |
| | | Zu Einzelplan 14 — Allgemeine Finanzverwaltung | |
| | 274 | Fraktion der FDP zu Kap. 14 01 Tit. St 50 d | Einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen. (17. 3.) |
| | 259 | Fraktion der SPD zu Kap. 14 01 Tit. St 56 | Einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen. (17. 3.) |
| | 260 | Fraktion der SPD zu Kap. 14 65 Tit. 682 | Einstimmig an den Wirtschaftsausschuß überwiesen. (17. 3.) |

| Nummer der T.O. Drucksache | | Inhalt | Beschluß des Landtags (Datum des Beschlusses) |
|---------------------------------|------------|--|---|
| | 245 | Fraktion der SPD zu den Stellenplänen | Mit Mehrheit abgelehnt. (17. 3.) Der Einzelplan 14 wurde nach der II. Lesung mit den Veränderungen gemäß der Anlage 1 zu Drucksache Nr. 236 bei einigen Stimmenthaltungen angenommen und zwar in Einnahmen mit 4 373 215 400 DM in Ausgaben mit 795 711 800 DM. (17. 3.) |
| | | Zum Außerordentlichen Haushalt | |
| | 280 | Fraktion der FDP zu Kap. A 07 02 Tit. 535 | Einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen. (17. 3.) |
| | 275 | Fraktion der FDP zu Kap. A 14 65 Tit. 98 | Einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen. (17. 3.) Der Außerordentliche Haushalt wurde nach der II. Lesung bei Stimmenthaltung der FDP und SPD angenommen und zwar in Einnahmen und Ausgaben mit 881 490 000 DM. (17. 3.) |
| | 236 189 | Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 1960 (Haushaltsgesetz 1960) | Der Entwurf des Haushaltsplans — Drucksache Nr. 189 — einschl. Stellen- und Wirtschaftsplan der Wohnungsbauförderungsanstalt — Drucksache Nr. 264 — wurde nach der II. Lesung mit den Veränderungen gemäß den Anlagen 1 und 2 zu Drucksache Nr. 236 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen gem. den Drucksachen Nr. 250 Ziff. 2 und 3, 263 und 258 bei Stimmenthaltung der SPD und FDP angenommen. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes wurde nach der II. Lesung mit folgendem Wortlaut des § 1 bei Stimmenthaltung der SPD und FDP angenommen: „Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 1960 wird in Einnahme auf 6 393 006 800 Deutsche Mark in Ausgabe auf 6 408 487 100 Deutsche Mark festgestellt, und zwar im ordentlichen Haushaltsplan auf 5 511 516 800 Deutsche Mark an Einnahmen und auf 5 526 997 100 Deutsche Mark an Ausgaben, im außerordentlichen Haushaltsplan auf 881 490 000 Deutsche Mark an Einnahmen und auf 881 490 000 Deutsche Mark an Ausgaben.“ (17. 3.) |

| Nummer der T.O. Drucksache | | Inhalt | Beschluß des Landtags (Datum des Beschlusses) |
|---------------------------------|------------|--|---|
| 3 | 237 191 | Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Rechnungsjahres an das Kalenderjahr | Der Gesetzentwurf wurde nach der II. Lesung mit der Berichtigung gemäß Drucksache Nr. 237 einstimmig angenommen. (17. 3.) |
| 4 | 238 190 | Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Rechnungsjahr 1960 | Der Gesetzentwurf wurde nach der II. Lesung einstimmig angenommen. (17. 3.) |
| | 262 | Änderungsantrag der Fraktion der SPD | Einstimmig an den Kommunalpolitischen Ausschuß überwiesen. (17. 3.) |
| | 273 | Änderungsantrag der Fraktion der CDU | |
| 5 | 277 | Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) im Lande Nordrhein-Westfalen | Der Gesetzentwurf wurde nach der III. Lesung mit folgender Paragraphenfolge einstimmig verabschiedet: Der in der Drucksache Nr. 277 mit § 14 (neu) bezeichnete Paragraph wird § 13, der § 13 wird § 14, der § 14 wird, wie in der Vorlage ausgedruckt, § 15. (17. 3.) |
| 6 | 234 219 | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen den Gemeinden Billerbeck-Kirchspiel und Billerbeck-Stadt, Landkreis Coesfeld | Der Gesetzentwurf wurde nach der III. Lesung einstimmig verabschiedet. (17. 3.) |
| 7 | 276 230 | Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Lippischen Landeskirche | Der Gesetzentwurf wurde nach der II. Lesung mit der Änderung gemäß Drucksache Nr. 276 einstimmig angenommen, (16. 3.) nach der III. Lesung einstimmig verabschiedet. (17. 3.) |
| 12 | 235 | Beschlüsse zu Eingaben | Zur Kenntnis genommen. (17. 3.) |

Düsseldorf, den 22. März 1960

— MBl. NW. 1960 S. 833 34.

Einzelpreis dieser Nummer 0,80 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (je Einzelheft 0,15 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 6,— DM, Ausgabe B 7,20 DM.